



öffentlich

Betreff:
Mobile Bürgerbeteiligung

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 04.08.2020

Eingang 502:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

19.08.2020 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Pavillon anzuschaffen, der anlass- und ortsbezogene Bürgerbeteiligung zu Fragen der Potsdamer Stadtentwicklung ermöglicht.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im Januar 2021 Bericht zu erstatten.

gez. Janny Armbruster
Fraktionsvorsitzende

gez. Gert Zöllner
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:



Termin: Jan. 2021

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung

Die Stadtverordnetenversammlung und auch der Gestaltungsrat der Landeshauptstadt Potsdam haben in früheren Jahren eine ständige Ausstellung zur Stadtentwicklung in Potsdam gefordert. Es bestand Konsens darin, dass dies in einer Stadt wie Potsdam mit seiner hochwertigen Architektur- und Landschaftsgeschichte unerlässlich ist. Die sich im Laufe der positiven Entwicklung vertiefenden sozialen Fragen erfordern das umso mehr. Doch gibt es bis heute dazu weder Mittel noch geeignete Räumlichkeiten.

Eine gute Erfahrung bot der Pavillon wie der des Sanierungsträgers am Alten Markt. Ein solcher Pavillon bietet Raum für kleine Ausstellungen und für Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern. Er kann dem Anlass und dem Ort der geplanten bzw. diskutierten Maßnahme entsprechend temporär aufgestellt und betreut werden, gewährleistet so die größtmögliche Bürgernähe.

Er wäre beispielsweise für die Ausstellung zur Teilaufhebung des Sanierungsgebietes der Zweiten barocken Stadterweiterung und/oder zur Umsetzung des Innenstadtverkehrskonzeptes geeignet. Er wäre in anderen Stadtteilen beispielsweise zu den neuen Planungen am Kirchsteigfeld, am Stern, in Fahrland oder Golm einsetzbar. Er wäre grundsätzlich zur Auslegung und bürgernahen Beteiligung bei B-Plan-Verfahren geeignet.

Die Kosten für Anschaffung, Betrieb und Betreuung sind zwar höher als wenn man gar nichts macht, sie sind aber niedriger als die Kosten für Erstellung, Betrieb und Betreuung einer ständigen Ausstellung.



- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

20/SVV/0862

öffentlich

Einreicher: Geschäftsbereich Zentrale Verwaltung

Betreff: Mobile Bürgerbeteiligung

Erstellungsdatum 04.09.2020

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
08.09.2020	Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung		

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, darzustellen, wie eine anlass- und ortsbezogene Bürgerbeteiligung zu Fragen der Potsdamer Stadtentwicklung ermöglicht werden kann.

Zu schätzen sind dabei insbesondere:

- Anschaffungs-, Betriebs- Lagerungs- und Transportaufwand eines Pavillons bzw. Containers
- Sach- und Personalaufwand für Ausstattung, Beaufsichtigung und Wachschutz
- Eigene personelle Kapazitätsbeanspruchung und Aufgabenkonkurrenz in der Verwaltung

Vergleichsweise ist darzustellen, wie der Aufwand verringert werden kann, wenn Ausstellungs- und Beteiligungsmöglichkeiten im Rahmen der neuen Unterbringung der Bauverwaltung realisiert werden.

Der Stadtverordnetenversammlung ist im Januar 2021 Bericht zu erstatten.



Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen

Betreff: Mobile Bürgerbeteiligung

Erstellungsdatum 03.02.2021

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
09.02.2021	PTD		X

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, darzustellen, wie eine anlass- und ortsbezogene Öffentlichkeitsbeteiligung zu Fragen der Potsdamer Stadtentwicklung ermöglicht werden kann. Dabei soll die Möglichkeit bestehen, sowohl zu informieren als auch Meinungsbilder einzuholen.

Zu schätzen sind dabei insbesondere:

- Anschaffungs- Betriebs-, Lagerungs- und Transportkosten eines Containers,
- Sach- und Personalaufwand für Ausstattung, Beaufsichtigung und Wartung,
- personelle Kapazitätsbeanspruchung.

Vergleichsweise ist darzustellen, wie der Aufwand verringert werden kann, wenn eine Durchführung in bestehenden Räumlichkeiten der öffentlichen Hand, aber analog zum Container vor allem durch Präsenz auf der Straße durch ein Zelt, größere Stände oder ähnliches stattfindet. Dazu ist ein Meinungsbild von Beteiligungsrat und WerkStadt für Beteiligung einzuholen.

Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung Ende 2021 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung

Eine gute Erfahrung bot z.B. der Pavillon wie der des Sanierungsträgers am Alten Markt. Ein solcher Pavillon bietet Raum für kleine Ausstellungen und für Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern. Er kann dem Anlass und dem Ort der geplanten bzw. diskutierten Maßnahme entsprechend temporär aufgestellt und betreut werden, gewährleistet so die größtmögliche Bürgernähe.

Er wäre grundsätzlich zur Auslegung und bürgernahen Beteiligung bei B-Plan-Verfahren, Sanierungssatzungen geeignet, beispielsweise auch zu den neuen Planungen am Kirchsteigfeld, am Stern, in Fahrland oder Golm, ebenso Verkehrsplanungen

Unterschrift



- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

20/SVV/0862

öffentlich

Einreicher: Fraktion CDU

Betreff: Mobile Bürgerbeteiligung

Erstellungsdatum 16.02.2021

Eingang 502:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
18.02.2021	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

Ergänzungsvorschlag:

Als dritter Absatz wird eingefügt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, darzustellen, wie eine anlass- und ortsbezogene Öffentlichkeitsbeteiligung zu Fragen der Potsdamer Stadtentwicklung ermöglicht werden kann.

Dabei soll die Möglichkeit bestehen, sowohl zu informieren als auch Meinungsbilder einzuholen.

Zu schätzen sind dabei insbesondere:

- Anschaffungs- Betriebs-, Lagerungs- und Transportkosten eines Containers,
- Sach- und Personalaufwand für Ausstattung, Beaufsichtigung und Wartung,
- personelle Kapazitätsbeanspruchung.

Vergleichsweise ist darzustellen, wie der Aufwand verringert werden kann, wenn eine Durchführung in bestehenden Räumlichkeiten der öffentlichen Hand, aber analog zum Container vor allem durch Präsenz auf der Straße durch ein Zelt, größere Stände oder ähnliches stattfindet. Dazu ist ein Meinungsbild von Beteiligungsrat und WerkStadt für Beteiligung einzuholen.

Darzustellen ist darüber hinaus, wie die Zielsetzung des Antrags im Rahmen der Umsetzung des Gesamtkonzeptes für die Stadtteilarbeit der LHP (Umsetzung des Beschlusses 17/SVV/0172) erreicht werden kann ohne Parallelstrukturen aufzubauen. Hierbei sind insbesondere auch vorhandene wie zu entwickelnde Bürgerbeteiligungsorgane sowie Ressourcen in der Verwaltung, vorhandene und geplante Infrastruktur und finanzielle Auswirkungen zu berücksichtigen.

Unterschrift – Fraktionsvorsitzender, Götz Friederich

Begründung:

Die Begründung des Antrags zeigt auf, wie die Bürger in politische Arbeit einbezogen und beteiligt werden sollen. Das Gesamtkonzept für die Stadtteilarbeit beinhaltet die gleiche Zielsetzung und verfolgt das Ziel, die Bürger insgesamt an den strategischen wie konkreten Vorgängen der Stadtentwicklung in allen Bereichen zu beteiligen. Vor der Umsetzung einer Teilzielsetzung sollte daher eher das Ziel verfolgt werden, vorhandene oder bereits beschlossene Maßnahmen umzusetzen. Dadurch werden vorhandene Einrichtungen gestärkt, ihre Entwicklung gefördert und die Stadtteilarbeit im Sinne des Konzeptes weiterentwickelt.